

## GEW

	Fragen	Antworten
1	1.1. Wie schätzen Sie die personelle Situation in den hessischen Kindertageseinrichtungen ein?	Die personelle Ausstattung in den Kindertagesstätten ist unzureichend. Kurzfristige Ausfälle und Engpässe führen immer wieder dazu, dass Öffnungszeiten eingeschränkt werden müssen oder lediglich eine Notbetreuung angeboten wird. Darüber hinaus gibt es in Hessen weiterhin nicht einmal genug Plätze, um den Bedarf zu decken und den Rechtsanspruch auf Bildung und Betreuung zu erfüllen. Nach Berechnungen der Bertelsmann-Stiftung fehlen für das Jahr 2023 rund 35.000 Plätze und 10.700 Erzieher und Erzieherinnen.
2	1.2. Der Hessische Rechnungshof empfiehlt den Kommunen regelmäßig, ihre Personalschlüssel am gesetzlichen Mindeststandard zu orientieren und ggf. Personal abzubauen. Halten Sie das für gerechtfertigt?	Wir Freie Demokraten stehen für eine solide Haushaltspolitik und eine Politik, die rechnen kann. Gleichwohl ist für uns klar: Die Bildung von Kindern und Jugendlichen hat Priorität. Daher wollen wir in diesen Bereich stärker investieren. Die gesetzlichen Vorgaben für den Mindestpersonalbedarf in Kindertagesstätten entsprechen weiterhin nicht vollständig wissenschaftlichen Standards. Vor diesem Hintergrund und mit Blick auf die gestiegenen Herausforderungen in den Kindertagesstätten kann es aus unserer Sicht sinnvoll sein, mehr Personal vorzuhalten als die gesetzlichen Mindeststandards vorsehen. Dies gilt insbesondere auch für die Etablierung multiprofessioneller Teams. Hinzu kommen besondere Förderbedarfe, beispielsweise im Bereich Sprache, für die es ebenfalls zusätzlicher Ressourcen bedarf.
3	1.3. Was werden Sie tun, um den Personalschlüssel in den Kindertageseinrichtungen und die Arbeitsbedingungen in den Kitas zu verbessern?	Wir Freie Demokraten halten eine Ausstattung mit ausreichend Personal für grundlegend, um Bildung und Betreuung in Kindertagesstätten zu gewährleisten. Daher ist es, nach einer Schließung der Bedarfslücken, unser mittelfristiges Ziel, die Gruppen zu verkleinern und den Fachkraft-Kind-Schlüssel zu verbessern. Dafür braucht es mehr pädagogisches Personal in Kindertagesstätten. Höher qualifizierte Fachkräfte bieten einen Mehrwert für die Einrichtungen und die Bildung und Erziehung der Kinder. Bisher lohnt es sich für Fachkräfte (monetär) jedoch häufig nicht, nach einer Weiterqualifizierung in eine Kindertagesstätte, insbesondere in den Gruppendienst, zurückzukehren. Wir wollen daher darauf hinwirken, dass Träger, die höher qualifizierte Fachkräfte beschäftigen und diese ihrer Qualifikation entsprechend vergüten, einen finanziellen Anreiz in Form einer Pauschale erhalten. Darüber hinaus sollte die Arbeit in den Kindertagesstätten durch den Einsatz multiprofessioneller Teams unterstützt und Erzieher und Erzieherinnen beispielsweise durch den Einsatz

	Fragen	Antworten
		<p>digitaler Anwendungen von bürokratischen Aufgaben entlastet werden.</p> <p>Die Absenkung von Standards durch eine weitere Öffnung des Fachkraftkatalogs ohne ausreichend Angebote zur Nachqualifizierung und Begleitung des fachfremden Personals lehnen wir ab.</p>
4	<p>1.4. Was werden Sie tun, um mehr ausgebildete Fachkräfte zu gewinnen und mehr Nachwuchskräfte auszubilden?</p>	<p>Wir Freie Demokraten wollen die praxisintegrierte Ausbildung ausbauen und die Ausbildung von Erzieher und Erzieherinnen flächendeckend vergüten. Darüber hinaus verlassen viele Fachkräfte das Berufsfeld nach wenigen Jahren oder kehren nach einer Phase der Weiterqualifizierung nicht in das Berufsfeld zurück. Durch bessere Verdienstmöglichkeiten wollen wir den Gruppendienst auch für diese Fachkräfte wieder attraktiver machen. Für die Fachkräfte im Feld müssen die Arbeitsbedingungen unter anderem durch bessere Personalschlüssel, eine Entlastung bei administrativen Aufgaben, moderne Räumlichkeiten, die Anerkennung mittelbarer pädagogischer Arbeit sowie Angebote für Mentoring und Supervision verbessert werden.</p>
5	<p>2.1. Wie schätzen Sie die personelle Situation im Bereich der Sozialen Arbeit (z.B. Jugendämter, ambulante, teil- und vollstationäre Hilfen zur Erziehung) in Hessen ein?</p>	<p>Der Fachkräfte- und Arbeitskräftemangel ist ein zentrales Problem, dass sich allein in Hessen mit 2030 ca. 200.000 fehlenden Arbeitskräften abzeichnen wird. Diese Problemlage zeigt sich ebenfalls innerhalb der Sozialen Arbeit insgesamt. In der Berufsgruppe Erziehung, Sozialarbeit und Heilerziehungspflege wurden im vergangenen Monat laut der Agenturen für Arbeit allein 2.339 offene Stellen gemeldet.</p>
6	<p>2.2. Was werden sie tun, um die Arbeitsbedingungen in der Sozialen Arbeit zu verbessern?</p>	<p>Wir Freie Demokraten wollen attraktive und wettbewerbsfähige Arbeitsbedingungen schaffen. Das gelingt uns nur über eine Entlastung und einer effektiven Nutzung ihrer Arbeitszeit. Wir Freien Demokraten fordern daher, die Dokumentation der Arbeitskräfte zu verringern und den Aufwand für Bürokratie gering zu halten. Alltägliche Prozesse sollten strukturiert, standardisiert und verschlankt werden, unterstützt durch die Digitalisierung. Die Ziele sind hierbei eine Verbesserung der Betreuung der Menschen und des interdisziplinären Austauschs.</p>
7	<p>2.3. Was werden Sie tun, um mehr ausgebildete Fachkräfte zu gewinnen und mehr Nachwuchskräfte auszubilden?</p>	<p>Um mehr ausgebildete Fachkräfte zu gewinnen und mehr Nachwuchskräfte auszubilden ist es notwendig, die Arbeitsbedingungen attraktiver zu gestalten. Dazu zählen bessere Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte. Es sollen insgesamt Arbeitsbelastungen unter den Arbeiternehmerinnen und Arbeitnehmern gemindert für mehr Zufriedenheit und einer Vermeidung von Personalabwanderung.</p> <p>Wir Freie Demokraten fordern aus diesem Grund eine breite Aus- und Weiterbildungsoffensive, Wiedereinstiegsprogramme für Pflegekräfte und eine flankierende Gesundheitsvorsorge, um den besonderen physischen</p>

	Fragen	Antworten
		<p>und psychischen Belastungen entgegenzuwirken. Auch den Punkt Vereinbarkeit von Familie und Beruf setzen wir innerhalb der Pflege hoch an und fordern die Einführung von verlässlichen Dienstplänen. Diese sollen mittelfristig über eine 105-prozentige Quote an Pflegepersonal in Pflegeeinrichtungen vorgehalten werden.</p>
8	<p>3.1. Nennen Sie bitte die wichtigsten schulpolitischen Schwerpunkte Ihrer Partei für die nächste Wahlperiode.</p>	<p>Wir Freie Demokraten wollen das Recht auf Bildung in der Verfassung verankern.            Unsere schulpolitischen Schwerpunkte sind:  <i>Bekämpfung des Fachkräftemangels</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• durch eine Modernisierung des Studiums und einer Regelstudienzeit von zumindest neun Semestern in allen Lehrämtern;</li> <li>• durch die Entwicklung flexibler, auch berufsbegleitender, Nachqualifizierungsprogramme für Quereinsteiger und Quereinsteigerinnen;</li> <li>• durch die Entlastung von Lehrkräften von administrativen Aufgaben;</li> <li>• durch die Stärkung multiprofessioneller Teams für mehr Unterstützung im schulischen Alltag.</li> </ul> <p><i>Kompetenzen für die Zukunft vermitteln - Lerninhalte modernisieren</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• durch die Einführung eines flächendeckenden Informatikunterrichts in der Sekundarstufe I;</li> <li>• durch die Stärkung der ökonomischen Bildung und die Möglichkeit, das Fach PoWi bei gleichbleibender Stundenzahl auf zwei Fächer aufteilen zu können;</li> <li>• durch die Stärkung außerschulischer Lernorte (kostenfreie Bibliotheken) und der kulturellen Bildung (Einführung eines Kulturbudgets an den Schulen).</li> </ul> <p><i>Stärkung der beruflichen Bildung</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• durch die Einführung eines Konzepts für die Berufsschulen, das die Zusammenarbeit der Schulen untereinander verbessert, die schulische Ausbildung flexibilisiert bzw. modularisiert, mehr digitale und hybride Beschulungsmöglichkeiten vorsieht und berufliche Schulen zu einem Anker in der jeweiligen Region ausbaut;</li> <li>• durch die Kostenfreiheit der Meisterausbildung.</li> </ul>
9	<p>3.2. Wie beurteilen Sie die Forderung nach einem längeren gemeinsamen Lernen in „Einer Schule für alle“ und welche Vorstellungen haben Sie zur Entwicklung der Schulstruktur?</p>	<p>Wir Freie Demokraten wollen ein Schulsystem, das so vielfältig ist wie seine Schülerinnen und Schüler. Mit unterschiedlichen Angeboten wollen wir die individuelle Förderung verbessern und jeder Schülerin und jedem Schüler den Bildungsweg ermöglichen, der am besten zu ihnen passt.            Voraussetzung hierfür ist jedoch die Durchlässigkeit zwischen den Schulformen und Bildungsgängen, die es zu verbessern gilt. Kein Bildungsweg darf in einer Sackgasse enden.</p>

	Fragen	Antworten
10	<p>3.3. Welche konkreten Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um das Menschenrecht auf inklusive Bildung in Hessen zu verwirklichen? Welche Rolle spielen in Ihrem Konzept die Förderschulen, die Beratungs- und Förderzentren (BFZ) und die inklusiven Schulbündnisse? Wie wollen Sie die Entwicklung multiprofessioneller Teams fördern?</p>	<p>Wir Freie Demokraten stehen hinter der UN-Behindertenrechtskonvention und wollen, dass Inklusion umgesetzt wird. Dieses klare politische Bekenntnis steht für uns nicht im Widerspruch zum Erhalt von Förderschulen, die in bestimmten Fällen die richtige Schulform für Kinder und Eltern sein können. Die Durchlässigkeit zwischen den unterschiedlichen Schulformen wollen wir verbessern. Grundlage für eine gelingende Inklusion ist die individuelle Förderung aller Kinder. Wir wollen die individuelle Förderung verbessern, indem die unterschiedlichen Systeme gut miteinander verknüpft, Reibungsverluste vermieden und Synergieeffekte genutzt werden. Hierfür wollen wir vorhandene Strukturen evaluieren und bei Bedarf überarbeiten.</p> <p>Die Ressourcen der Beratungs- und Förderzentren sollten erhöht werden. Darüber hinaus wollen wir den Wissenstransfer zwischen den unterschiedlichen Institutionen wie (r)BFZs, Schulen aber auch Ausbildungsstätten, Hochschulen und Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen stärken.</p> <p>Für gute inklusive Bildung braucht es ausreichend Lehrkräfte. Die Zahl der Lehrkräfte, die nicht voll für die jeweilige Schulform ausgebildet sind, an der sie unterrichten, ist neben den Grundschulen an den Förderschulen besonders hoch. Es müssen daher mehr Lehrkräfte für Förderpädagogik ausgebildet und nachqualifiziert werden.</p> <p>Wir wollen multiprofessionelle Teams und damit den Einsatz weiterer Fachkräfte wie Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter sowie Schulpsychologinnen und -psychologen aber auch die Kooperation mit Jugendhilfeträgern und außerschulischen Partnern weiter ausbauen. Mit Blick auf die Schulsozialarbeit sollten die unterschiedlichen Angebote sinnvoll verzahnt werden. Die Einbindung der Schulsozialarbeit in eine landesgesetzliche Regelung wollen wir prüfen. Vor dem Hintergrund einer starken gesundheitlichen Belastung von Schülerinnen und Schülern wollen wir auch die Arbeit von Schulgesundheitsassistenten und Schulgesundheitsassistentinnen verstärken.</p>
11	<p>3.4. Wie beurteilen Sie die Forderung der GEW, verbindliche Vergleichsarbeiten, insbesondere die flächendeckenden VerA-Testungen in der Grundschule abzuschaffen?</p>	<p>Wir Freie Demokraten halten die VerA-Vergleichsarbeiten für ein sinnvolles Instrument. Eine Abschaffung ist nach unserer Auffassung nicht zielführend. Wir wollen die VerA-Testungen insofern weiterentwickeln, als dass die Ergebnisse zukünftig in aggregierter Form veröffentlicht werden.</p>
12	<p>3.5. Welche Zielvorstellungen haben Sie zur Reduzierung der Klassengrößen insbesondere auch in den Ballungsräumen und sozialen</p>	<p>Wir Freie Demokraten halten eine enge Begleitung von Schülerinnen und Schülern durch Lehrkräfte und weiteres Personal für unverzichtbar für den Bildungserfolg. Vor diesem Hintergrund wollen wir eine</p>

	Fragen	Antworten
	Brennpunkten? Wie beurteilen Sie in diesem Kontext die sozialindizierte Zuweisung von Lehrkräften und wie wollen Sie diese weiterentwickeln?	Anpassung des Klassenteilers gerade in großen Grundschulen prüfen. Den Sozialindex halten wir für ein gutes Instrument, um Schulen mit besonderen Herausforderungen zu unterstützen. In diesem Zusammenhang begrüßen wir auch die Pläne der Bundesregierung mit Blick auf das sogenannte "Startchancen-Programm". Die Weiterentwicklung des Sozialindex zu einem schulscharfen Sozialindex werden wir prüfen.
13	3.6. Nach den Berechnungen der GEW droht die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Ganztagsplatz in der Grundschule ab 2026 aufgrund von fehlendem Personal zu scheitern. Wie sieht Ihre Einschätzung aus, und was sind aus Ihrer Sicht die Bedingungen für eine erfolgreiche Umsetzung des Rechtsanspruchs?	Wir Freie Demokraten sehen den Fachkräftemangel aber auch die strategischen Lücken bei der Bedarfserhebung und der Erstellung eines Ausbauplans mit Blick auf den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung kritisch. Ein Kampf um die knappen Fachkraftressourcen gerade in Konkurrenz zu den Kindertagesstätten muss unbedingt vermieden werden. Dem Land kommt insbesondere die Aufgabe zu, den Ausbaustand zusammenzuführen und auf dieser Grundlage einen Plan zu entwickeln, wie ganztägige Angebote überall in Hessen so ausgebaut werden können, dass der Rechtsanspruch erfüllt wird. Dabei wollen wir nicht nur auf den Pakt für den Nachmittag setzen, sondern auch die gebundene Ganztagschule bedarfsgerecht stärken. Neben der Quantität muss der Schwerpunkt auf einer hohen Qualität der Angebote liegen. Dabei braucht es unter anderem klare Vorgaben zur Qualifikation des eingesetzten Personals. Auch die Einbindung von Verbänden, Vereinen, Organisationen und außerschulischen Lernorten für die musische, künstlerische und sportliche Betätigung der Kinder sollte stärker gefördert werden.
14	3.7. Wie wollen Sie den Ausbau der gebundenen Ganztagschulen insbesondere auch in den weiterführenden Schulen in Hessen voranbringen?	Wir Freie Demokraten halten den Ganztagsausbau für einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Chancengerechtigkeit. Auch wenn der Schwerpunkt vor dem Hintergrund der Vereinbarkeit von Familie und Beruf derzeit auf dem Ausbau an den Grundschulen liegt, gilt dies für den Ausbau ganztägiger Angebote in den weiterführenden Schulen gleichermaßen.
15	3.8. Viele Schulen in Hessen sind aufgrund eines hohen Investitionsstaus marode. Wie bewerten Sie das, und was sollte das Land Hessen tun, um den Investitionsstau aufzulösen?	Wir Freie Demokraten halten den Investitionsstau an hessischen Schulen für problematisch und kritisieren, dass das versprochene KIP-III-Programm in der laufenden Legislaturperiode nicht mehr kommen wird. Die Sanierung und Modernisierung von Schulgebäuden sollte auch zukünftig mit Landesmitteln unterstützt werden. Priorität hat für uns dabei auch die Einrichtung moderner Lehr- und Lernräumlichkeiten wie Einzel- und Gruppenarbeitsräume oder Maker Spaces.
16	3.9. In Deutschland besteht ein starker Zusammenhang zwischen Bildungserfolg und sozialer Herkunft. Hessen bildet hier keine Ausnahme.	Für uns Freie Demokraten ist der enge Zusammenhang zwischen Herkunft und Bildungserfolg in Deutschland nicht hinnehmbar.

	Fragen	Antworten
	<p>Die bisher vorliegenden Befunde deuten darauf hin, dass sich in der Corona-Krise die Bildungsungleichheit verschärft hat. Was sollte das Land in den nächsten Jahren tun, um dem entgegenzuwirken?</p>	<p>Es sollten daher unverzüglich Maßnahmen ergriffen werden, um diesen Zusammenhang zu verringern und mehr Chancengerechtigkeit zu schaffen.</p> <p>Wir Freie Demokraten wollen hierfür,</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• die frühkindliche Bildung durch mehr voll ausgebildete Fachkräfte und bessere Förderung beispielsweise im Bereich der Sprache und der digitalen Bildung priorisieren;</li> <li>• eine datengestützte Schulentwicklung mit dem Schwerpunkt eines Abbaus von Diskriminierungen und Ungleichheiten umsetzen;</li> <li>• eine umfassende Fachkräftestrategie für Lehrkräfte und weiteres Personal an Schulen auflegen;</li> <li>• die ökonomische und finanzielle Bildung an Schulen stärken;</li> <li>• die Aufnahme von Türkisch und Griechisch in den Fremdsprachenkatalog prüfen, um damit auch eine Kultur der Wertschätzung gegenüber den vielfältigen Hintergründen von Schülerinnen und Schüler zu etablieren;</li> <li>• die sonderpädagogische Förderung gerade nach der Sekundarstufe I ausbauen und dabei die (regionalen) Beratungs- und Förderzentren konsequent miteinbeziehen;</li> <li>• die Berufsorientierung für die Auswahl eines passgenauen Bildungswegs für alle Schülerinnen und Schüler stärken.</li> </ul>
17	<p>4.1. Fast die Hälfte der Lehrkräfte an Beruflichen Schulen verfügt nicht über das Lehramt an Beruflichen Schulen. Wie will ihre Partei dem begegnen?</p>	<p>Der Lehrkräftemangel ist gerade an beruflichen Schulen eine große Herausforderung. Auch hier gilt: Quereinstiegsprogramme sollten weiter ausgebaut und durch mehr Flexibilisierung für unterschiedliche Personengruppen attraktiver gemacht werden. Die Anzahl der Studienplätze muss bedarfsgerecht angepasst werden.</p>
18	<p>4.2. Fachlehrkräfte haben eine höhere Unterrichtsverpflichtung und eine niedrigere Besoldung als ihre Kolleg:innen. Ist das aus Ihrer Sicht gerechtfertigt?</p>	<p>Wir Freie Demokraten sehen die Debatte bezüglich der Ungleichbehandlung von Fachlehrerinnen und -lehrer für arbeitstechnische Fächer insbesondere mit Blick auf die Pflichtstundenzahl sowie Besoldungs- und Beförderungsmöglichkeiten. Eine Anpassung der verschiedenen Punkte werden wir jeweils prüfen, damit die Tätigkeit an den Schulen für Fachlehrkräfte für arbeitstechnische Fächer attraktiver wird.</p>
19	<p>4.3. Halten Sie die bisherigen Vorgaben und Rahmenpläne zum Übergang von der Schule in den Beruf für ausreichend? Welche Schwerpunkte wollen Sie in diesem Bereich setzen?</p>	<p>Wir Freie Demokraten wollen die Berufsorientierung und -beratung in allen Bildungsgängen intensivieren, damit die Quote derer, die eine Ausbildung bzw. ein Studium abbrechen, möglichst gering ist. Sie sollte praxisorientiert und in Kooperation mit außerschulischen Partnern in Wirtschaft und Verwaltung gestaltet und fest in der schulischen Biografie verankert werden. Berufsorientierung und -beratung müssen rechtzeitig über Ausbildungsmöglichkeiten informieren und diese auch ausprobieren lassen. Auch die Vernetzung der</p>



	Fragen	Antworten
		<p>allgemeinbildenden mit den beruflichen Schulen sollte in diesem Zusammenhang verbessert werden. Da immer mehr Eltern höhere Bildungsabschlüsse für ihre Kinder anstreben, sind diese frühzeitig einzubeziehen und auf Anschlussmöglichkeiten hinzuweisen. Dabei soll die Gleichwertigkeit akademischer und beruflicher (Aus)Bildung betont werden.</p> <p>Um mehr Einblicke ins Berufsleben zu ermöglichen, wollen wir die Anzahl der Praktika erhöhen und insbesondere freiwillige Zusatzpraktika z. B. zwischen Notenschluss und Schuljahresende erleichtern. Den Ansatz des Schulversuchs BüA halten wir grundsätzlich für richtig, wollen das Projekt jedoch evaluieren und weiterentwickeln.</p>
20	<p>4.4. Unter dem Arbeitstitel „zukunftsfähige Berufsschule“ soll die berufliche Bildung in Hessen umgestaltet werden. Wie beurteilen Sie die Situation der Berufsschulen und wie soll aus Ihrer Sicht die berufliche Bildung gestärkt werden?</p>	<p>Wir Freie Demokraten sehen die Herausforderungen denen die beruflichen Schulen durch den Wandel in der Gesellschaft und in der Arbeitswelt gegenüberstehen.</p> <p>Ziel muss sein, ein dichtes Netz an wohn- und ausbildungsplatznahen Berufsschulen zu erhalten, um die logistischen Hindernisse für Ausbildungswillige gering zu halten. Um Standorte in der Fläche zu sichern, braucht es auch Alternativen zum herkömmlichen Präsenzunterricht.</p> <p>Wir fordern daher ein Konzept für die Berufsschulen, das die Zusammenarbeit der Schulen untereinander verbessert, die schulische Ausbildung flexibilisiert bzw. modularisiert, mehr digitale und hybride Beschulungsmöglichkeiten vorsieht und berufliche Schulen zu einem Anker in der jeweiligen Region ausbaut. Bei der Erarbeitung und Umsetzung müssen alle an der beruflichen Bildung beteiligten Akteure miteinbezogen werden.</p> <p>Um diese Herausforderung nachhaltig bewältigen zu können, halten wir das aktuelle Konzept der "zukunftsfähigen Berufsschule" für nicht ausreichend.</p>
21	<p>5.1. Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um dem Lehrkräftemangel kurz- bzw. mittelfristig zu begegnen? 5.3. Für die Finanzierung der Fortbildung der Lehrer:innen stehen jeder Schule für jede Stelle 40 Euro pro Jahr zu. Halten Sie dies für ausreichend und welche Schritte werden Sie gehen?</p>	<p>Um das Studium attraktiver zu machen fordern wir zumindest neun Semester für alle Lehramtsstudiengänge. Zudem braucht es eine detaillierte Aufarbeitung der Gründe für Studienabbrüche und Studienwechsel. So können geeignete Maßnahmen entwickelt werden, damit mehr Studierenden das Studium abschließen und in den Schulen ankommen. Die Anzahl der Studienplätze muss auf Grundlage einer laufend aktualisierten und transparenten Bedarfsplanung regelmäßig angepasst werden.</p> <p>Mit Blick auf die zahlreichen Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger braucht es flexible Angebote für die Nachqualifizierung von Lehrkräften, die ohne (der Schulform entsprechendes) Lehramt arbeiten. Die Angebote müssen für Menschen in verschiedenen Lebenslagen attraktiv sein. Dazu gehört der Ausbau berufsbegleitender Programm und eine angemessene</p>

	Fragen	Antworten
		<p>Vergütung während der Nachqualifizierung. Zugänge sollten diversifiziert und flexibilisiert und die Anerkennung der Qualifikationen ausländischer Lehrkräfte vereinfacht und beschleunigt werden. Mit Blick auf die Stärkung von Fortbildungsmöglichkeiten fordern wir eine/n Fortbildungsbeauftragte/n an jeder Schule sowie eine Erhöhung des Fortbildungsbudgets, um auch private Angebote angemessen miteinbeziehen zu können. Auch um die Bereitschaft der Lehrkräfte, an Fortbildungen teilzunehmen, weiter zu steigern, sollen Leistungsanreize im Dienstrecht geschaffen bzw. genutzt werden.</p>
22	<p>5.2. Wann kommt nach den Vorstellungen Ihrer Partei endlich die erforderliche Entlastung von Mentorinnen und Mentoren?</p>	<p>Wir Freie Demokraten haben uns bei der Debatte um das Lehrkräftebildungsgesetz dafür ausgesprochen, die Ressourcen für die Mentorinnen und Mentoren an den Schulen bedarfsgerecht zu erhöhen. Wie und in welchem Zeithorizont hier eine Entlastung geschaffen werden kann, werden wir prüfen.</p>
23	<p>5.3. Für die Finanzierung der Fortbildung der Lehrer:innen stehen jeder Schule für jede Stelle 40 Euro pro Jahr zu. Halten Sie dies für ausreichend und welche Schritte werden Sie gehen?</p>	<p>Oben bereits beantwortet</p>
24	<p>6.1 Die Landesregierung hat das Hessische Personalvertretungsgesetzes redaktionell umfassend, inhaltlich aber nur an einigen Stellen novelliert. Wie bewerten Sie die vorgenommenen Änderungen, insbesondere im Hinblick auf den Ausbau demokratischer Rechte der Personalvertretungen, die in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich eingeschränkt wurden? Wie wollen Sie in diesem Zusammenhang die Anrechnungszeiten insbesondere der Schulpersonalräte verbessern?</p>	<p>Das Personalvertretungsgesetz hat für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Hessen große Bedeutung. Es geht um Mitbestimmung und Beteiligung der Beschäftigten. Es ist ein wichtiger Schutzmechanismus, um sicherzustellen, dass die Interessen der Beschäftigten in öffentlichen Einrichtungen berücksichtigt werden. Das Gesetz legt fest, dass die Beschäftigten das Recht haben, ihre Interessen durch gewählte Personalräte zu vertreten und mit der Dienststelle zu verhandeln. Wir haben auch einen Änderungsantrag dazu eingebracht (Drucksache 20/10566), der leider abgelehnt wurde. Wir konnten daher dem Personalvertretungsgesetz in der jetzigen Form nicht zustimmen, da aus unserer Sicht mit diesem Gesetzentwurf eine Chance vertan wurde, das Personalvertretungsrecht auf die heutige Zeit anzupassen und moderne Formen der Arbeit mit modernen Formen der Personalvertretung zu kombinieren. Gerade im Bereich der Digitalisierung der modernen Arbeitswelt sind im Entwurf keine Mitbestimmungsrechte, sondern maximal Beteiligungsrechte vorgesehen. Das ist ein entscheidender und wesentlicher Unterschied, gerade bei den anstehenden Transformationen in der öffentlichen Verwaltung. Wie wir hierbei die Anrechnungszeiten, insbesondere von Schulpersonalräten verbessern können, werden wir noch prüfen.</p>



	Fragen	Antworten
25	6.2. Wie stehen Sie zum kirchlichen Sonderrecht, das die Mitbestimmung und die Rechte der Arbeitnehmer:innen nach wie vor auf eklatante Weise einschränkt?	Das kirchliche Sonderrecht gewährt der Kirche bestimmte Privilegien und erlaubt ihr, in einigen Bereichen von den allgemeinen arbeitsrechtlichen Bestimmungen abzuweichen. Wir sehen kritisch, dass dies zu einer Ungleichbehandlung der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen führen kann und dadurch ihre Rechte beeinträchtigt werden können. Auf der anderen Seite sollten religiöse Organisationen das Recht haben, ihre eigenen Regeln und Anforderungen festzulegen, um ihre religiöse Identität und Autonomie zu wahren. Die Einmischung des Staates in die inneren Angelegenheiten der Kirche könnten deren Fähigkeit zur Ausübung ihrer religiösen Aufgaben erschweren.
26	6.3. Wie stehen Sie zum sogenannten Tendenzschutz, dass die Mitbestimmung von Betriebsräten bei Trägern der Sozialen Arbeit einschränkt?	Der Tendenzschutz kann dazu führen, dass die Mitbestimmung von Betriebsräten bei Trägern der Sozialen Arbeit eingeschränkt wird, da diese Träger ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nach ihren spezifischen Zielen und Werten auswählen können. Einer Organisation mit spezifischen ideologischen oder religiösen Zielen sollte es möglich sein, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auszuwählen, die diese Ziele teilen. Dies kann zur Wahrung der Identität und Zielsetzung dieser Organisationen beitragen. Hierbei sehen wir aber auch die Gefahr, dass der Tendenzschutz die Mitbestimmung von Betriebsräten und die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einschränkt und damit eine potenzielle Gefahr für die Arbeitnehmerrechte und die Chancengleichheit bei der Beschäftigung.
27	6.4. Wie stehen Sie zu einer verbindlichen Aufnahme der Themen Arbeitnehmer:innenrechte, Tarif und Gewerkschaften in den Bildungskanon von Schule, Ausbildung und Studium?	Wir wollen in Übereinstimmung mit den auf Bundesebene ergriffenen Maßnahmen die ökonomische und finanzielle Bildung auch an hessischen Schulen stärken, unter anderem durch die Einrichtung mindestens einer Professur mit wirtschaftsdidaktischem Profil, der Überarbeitung von Kerncurricula und der Ausweitung von Fortbildungen. Das gesamte Thema Lohnfindung sowie die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sollten aus unserer Sicht Teil des Bildungskanons sein.
28	7.1. Die Zahl der befristeten Arbeitsverhältnisse an den hessischen Hochschulen hat sich kaum reduziert. Wie kann es der Landesregierung gelingen, für Daueraufgaben auch Dauerstellen und Normalarbeitsverhältnisse nach der Promotion in Forschung und Lehre zu schaffen? Welchen Handlungsspielraum sehen Sie für Landesregierungen und Hochschulen, dauerhafte	Die Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes wird in der Nach-Qualifikationsphase eine Verbesserung der Situation herbeiführen. Neue Stellenkategorien einerseits und der verstärkte Einsatz von Tenure-Track-Professuren sollen darüber hinaus bereits frühzeitig den Weg für eine Entfristung aufzeigen, um den Altersschnitt dauerhafter Anstellungen abzusenken.

	Fragen	Antworten
	Beschäftigung in Lehre und Forschung auszubauen?	
29	7.2. Mit welchen Maßnahmen wollen Sie die Grundfinanzierung der Hochschulen auf eine nachhaltige und solide Basis stellen? Können Sie sich vorstellen, die bisherige landeseigene Drittmittelfinanzierung in die Grundfinanzierung zu übertragen?	Die Hochschulen des Landes benötigen eine verlässliche Grundfinanzierung, deren Steigerungen sich am Inflationsgeschehen orientiert. Eine starre Erhöhung der Mittel, wie sie im aktuellen Hochschulpakt vereinbart ist, verkennt den Einfluss unvorhersehbarer Ereignisse auf die finanzielle Situation der Hochschulen. Die vergangenen Jahre waren für uns als Gesellschaft eine Prüfung der Krisenfestigkeit. Wir wollen die Hochschulfinanzierung insgesamt resilienter gestalten und daher proaktiv mögliche Zuschüsse für Krisensituationen vereinbaren. Damit schaffen wir unseren Hochschulen schnell Handlungsspielraum, statt auf zusätzliche Hilfsprogramme warten zu müssen.
30	7.3. Viele Hochschulbeschäftigte (von Hilfskräften über Promovierende, Post-Docs und Professorinnen) sind mit Lehre, Forschung und Verwaltung aufgrund der steigenden Aufgaben, aber auch wegen der hohen Lehrbelastung insbesondere an den Hochschulen für angewandte Wissenschaft überlastet und arbeiten weit über die reguläre Arbeitszeit. Zudem leisten gerade Beschäftigte auf Teilzeitstellen immense unbezahlte Mehrarbeit. Wie wollen Sie diesem Problem begegnen?	Forschung und Lehre gehen vor Bürokratie. Bürokratische Belastungen des Lehrpersonals, insbesondere bei Professorinnen und Professoren, werden wir abbauen, um ihnen für ihre originären Aufgaben in Forschung und Lehre mehr Zeit zu geben. Wer notwendige Zusatzaufgaben übernimmt, der muss entsprechend bei der Lehrverpflichtung entlastet werden.
31	7.4. Ein bedeutender Teil der grundständigen Lehre an hessischen Hochschulen wird von Lehrbeauftragten erbracht. Die GEW schlägt vor, den Stundensatz auf mindestens 50 Euro anzuheben, und auch mindestens sechs Stunden der Vor- und Nachbereitung zu vergüten. Wie stehen Sie zu diesem Vorschlag?	Die Honorare für Lehrbeauftragte einerseits und ihre Beschäftigungsbedingungen andererseits sind uns ein wichtiges Anliegen. Lehrbeauftragte sollen vor allem Spitzen abfedern und ermöglichen, Spezialgebiete mit angemessener Qualität zu lehren. Das Versäumnis der Landesregierung, den Hochschulen genügend Mittel zur Verfügung zu stellen, um Daueraufgaben auch mit Dauerstellen auszustatten und Lehrbeauftragte angemessen zu bezahlen, wollen wir beseitigen.
32	7.5. Mehre Studien haben bewiesen, dass Beschäftigte mit Sorgeverantwortung während der Corona-Pandemie deutlich weniger publiziert oder Anträge geschrieben haben. Wie wollen Sie sicherstellen, dass	Der reine Fokus auf Publikationen oder Förderanträge bei den Qualifikationsanforderungen für Beförderungen oder Entfristungen verkennt in unseren Augen die Vielfalt der Hochschullandschaft und die Bedeutung von Forschung für die Gesellschaft. Diese drückt sich nicht nur in Publikationen aus, sondern zum Beispiel auch im Transfer von Wissen in die Gesellschaft oder in Unternehmen. Auch dies ist

	Fragen	Antworten
	insbesondere Frauen aufgrund dieser Dellen im Lebenslauf trotzdem für dauerhafte Beschäftigung als Professorin oder als unbefristet Beschäftigte auf anderen Stellen berücksichtigt werden?	jedoch mit Sorgeverantwortung deutlich schwieriger zu bewerkstelligen. Wir werden gemeinsam mit den Hochschulen und anderen Stakeholdern ein Konzept entwickeln, wie Sorgeverpflichtungen, die nach wie vor in überdurchschnittlichem Maße Frauen betreffen, in der Wissenschaft nicht zu einem Stolperstein werden.
33	7.6. Wie wollen Sie dem beginnenden Fachkräftemangel – nicht nur in den MINT-Fächern – an den Hochschulen begegnen?	Kurzfristig kann diesem Mangel nur mit Einwanderung begegnet werden. Wir sind glücklicherweise in der Lage, unsere Bedarfe durch attraktive Angebote an Menschen aus aller Welt zu decken. Dafür muss in Deutschland einiges getan werden, ein erster Schritt war die Reform der Fachkräfteeinwanderung auf Bundesebene. Ein Klima des Willkommens und mehr Unterstützung für hochqualifizierte Einwanderer sind weitere wichtige Schritte. Langfristig müssen wir dafür sorgen, dass Menschen wieder mehr Begeisterung für MINT-Disziplinen entwickeln, insbesondere jene Gruppen, die sich heute noch selten für ein solches Fach entscheiden.
34	7.7. Auch in Hessen fordern studentische Hilfskräfte einen eigenen Tarifvertrag (TV-Stud), zum Beispiel durch Aufnahme in den Tarifvertrag Hessen. Wie stehen Sie zu dieser Forderung?	Mit der Reform des WissZeitVG werden erstmals bundesweite Mindeststandards für die Beschäftigung von studentischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern geschaffen. Dies ist ein guter Grundstein, um die Situation studentischer Hilfskräfte insgesamt zu diskutieren.
35	8.1. Unterstützen Sie die Forderung nach einer Rückkehr des Landes Hessen in die Tarifgemeinschaft deutscher Länder?	Wir befürworten eine Rückkehr des Landes Hessen in die Tarifgemeinschaft deutscher Länder. Wir Freie Demokraten werden für dieses Vorhaben im Landtag werben und uns dafür einsetzen, dass eine Mehrheit dafür zustande kommt.
36	8.2. Wie stehen Sie zu dem Grundsatz, dass Tarifergebnisse zeit- und inhaltsgleich auf die Beamtinnen und Beamte übertragen werden?	Beamtinnen und Beamte nehmen ähnliche Aufgaben wie tariflich Beschäftigte wahr und daher sollten sie verdienen auch ähnliche Entlohnung und Arbeitsbedingungen verdienen. Eine unterschiedliche Behandlung kann zu Ungerechtigkeiten führen und die Motivation der Beamtinnen und Beamten beeinflussen. Andererseits haben Beamtinnen und Beamte oft eine höhere Arbeitsplatzsicherheit und weitere Vorteile im Vergleich zu tariflich Beschäftigten. Insgesamt halten wir eine Übertragung von Tarifergebnissen für gerechtfertigt.
37	8.3. Wann gilt für die hessischen Beamtinnen und Beamten die tarifliche Arbeitszeit von 40 Stunden?	Die regelmäßige Arbeitszeit der hauptamtlich tätigen Beamtinnen und Beamten beträgt bei Vollzeitbeschäftigung im Durchschnitt bis zur Vollendung des 60. Lebensjahres 41 Stunden pro Woche, ab Beginn des 61. Lebensjahres 40 Stunden pro Woche.
38	8.4. Nicht zuletzt die Frankfurter Arbeitszeit- und Arbeitsbelastungsstudie hat gezeigt, dass viele Lehrkräfte in Hessen sehr lang arbeiten und überlastet sind. Die	Wir Freie Demokraten sehen die alltägliche Belastung von Lehrkräften und Schulleitungen und die Notwendigkeit, für Entlastung zu sorgen. Vor diesem Hintergrund werden wir zunächst die Anpassung von Deputaten prüfen.

	Fragen	Antworten
	<p>Ursachen sind vielfältig. Z.B. weist Hessen im Vergleich der Bundesländer eine hohe Zahl an Pflichtstunden auf. Auch wurde das Schuldeputat trotz neuer Aufgaben bisher nicht erhöht oder Korrektur- oder Kooperationszeiten nicht verbindlich festgelegt. Welche Maßnahmen würden sie in der kommenden Legislaturperiode ergreifen, um hier Verbesserungen zu erzielen?</p>	<p>Gleichzeitig kann dies nicht allein die Lösung für die gestiegenen Belastungen sein. Eine moderne Bildungspolitik kann es nicht verantworten, dass wertvolle Zeit, die für den Unterricht eingesetzt werden kann, für Bürokratie verschwendet wird. Unser Ziel ist daher eine Entlastung durch Entbürokratisierung, insbesondere durch Straffung und Abschaffung von Berichtspflichten und die Prüfung von Dokumentationspflichten und Verwaltungsvorschriften. Klare Kriterien und Zielsetzungen müssen die pädagogische und fachliche Notwendigkeit belegen. Parallelstrukturen zwischen Kultusministerium, staatlichen Schulämtern und Schulen sind abzuschaffen. Auch durch zentralen Service, z.B. durch die Bereitstellung von Vertragsmustern oder durch zentrale Angebote, können an Schulen tätige Personen entlastet werden. Prozesse sollten nach Möglichkeit digitalisiert und vereinfacht werden. Darüber hinaus wollen wir die Zahl der Schulverwaltungsassistenten und Sekretariatskräfte erhöhen. Hierzu sollen auch Landesmittel zur Verfügung gestellt werden.</p>
39	<p>8.5. Als eines der letzten Bundesländer hat Hessen ein Gesetz beschlossen, mit dem auch Grundschullehrkräfte in Zukunft nach A13 bzw. E13 vergütet werden. Vorgesehen ist ein Stufenplan, der sich über 5 Jahre erstreckt. Wie bewerten Sie die Umsetzung der Angleichung der Eingangsbesoldung?</p>	<p>Wir Freie Demokraten begrüßen die Erhöhung der Eingangsbesoldung von Grundschullehrkräften und halten den Schritt für überfällig. Die vollständige Umsetzung wollen wir unter anderem mit Blick auf Entwicklungen in anderen Bundesländern und den Rechtsanspruch auf ganztägige Bildung und Betreuung auf das Jahr 2026 vorziehen. Wir wollen prüfen, inwiefern auch die Besoldung der Funktionsstellen überarbeitet werden kann. Die Regelstudienzeit für das Lehramt an Grundschulen wollen wir auf zumindest neun Semester anheben.</p>
40	<p>8.6. Wie stehen Sie zur Tariftreue von Freien Trägern in der Sozialen Arbeit. und wie gedenken Sie für die Einhaltung dieser zu sorgen?</p>	<p>Die Tariftreue stellt sicher, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gerecht entlohnt werden und angemessene Arbeitsbedingungen erhalten. Dies ist wichtig, um die Qualität der sozialen Dienstleistungen zu gewährleisten und Fachkräfte in der Branche zu halten. Um die Einhaltung der Tariftreue sicherzustellen, können verschiedene Maßnahmen ergriffen werden. Eine Möglichkeit besteht darin, Tarifverträge für die Soziale Arbeit zu etablieren und sicherzustellen, dass sie für alle Träger verbindlich sind. Dies kann konkret durch Gesetze, Verordnungen oder Vereinbarungen auf nationaler oder regionaler Ebene geschehen. Darüber hinaus können staatliche Stellen und Aufsichtsbehörden Überwachungsmechanismen einführen, um die Einhaltung der Tariftreue zu überprüfen. Dies kann beispielsweise durch Inspektionen, Überprüfung von Lohnunterlagen oder Beschwerdemöglichkeiten für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erfolgen. Gewerkschaften und Arbeitnehmervertretungen spielen in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle, da sie die Interessen der Beschäftigten vertreten und</p>

	Fragen	Antworten
		<p>auf die Einhaltung von Tarifverträgen achten können. Um sicherzustellen, dass die Tariftreue von Freien Trägern in der Sozialen Arbeit eingehalten wird, bedarf es aus unserer Sicht einer Kombination aus gesetzlichen Rahmenbedingungen, Überwachung und Sensibilisierung der Beteiligten. Jede staatliche Stelle oder Organisation, die für die Aufsicht über die Soziale Arbeit zuständig ist, sollte entsprechende Mechanismen etablieren, um sicherzustellen, dass Tarifverträge respektiert werden und angemessene Arbeitsbedingungen gewährleistet sind.</p>
41	<p>9.1 Die GEW fordert eine bessere Finanzierung der Weiterbildung und eine Erhöhung des Etas um ca. 50 Millionen Euro. Wie stehen Sie zu dem Vorschlag?            9.2. Auch in der Weiterbildung sind viele Honorarlehrkräfte tätig und die Honorare steigen nur bedingt. Wie stehen Sie zu angemessenen höheren Honoraren, die auch die Inflation mitberücksichtigt?</p>	<p>Für uns Freie Demokraten hat Weiterbildung und lebenslanges Lernen in einer sich immer schneller verändernden Welt eine besondere Bedeutung. Am Ende der 2020er-Jahre sollte Hessen über ein breites und qualitativ hochwertiges Erwachsenenbildungsangebot verfügen. In diesem Umfeld soll der Erwerb von beruflichen Abschlüssen ebenso unkompliziert sein wie die Teilnahme an einem Kurs zur persönlichen Entfaltung. Wir sehen die Notwendigkeit einer Überprüfung der Finanzierung der Weiterbildung und werden diese bedarfsgerecht anpassen. Dabei muss auch die Frage einer angemessenen Vergütung von Honorarlehrkräften miteinbezogen werden.</p>